

# Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei: Riefaer, Leipzig, Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Kreisamts Riesa und des Hauptamts Witten.

Postfachkonto: Dresden 158, Cirokoffe Riesa Nr. 52.

Nr. 246.

Mittwoch, 21. Oktober 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 33 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraumbesondere und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarife. Wichtige Anzeigen werden durch die Redaktion oder durch die Verlagsanstalten in Riesa, Wittenberg und Leipzig. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Um die Erfüllung der „Zugeständnisse.“

Der französische, englische und der belgische Außenminister haben den deutschen Hauptdelegierten in Locarno zugesichert, vor ihren Regierungen und Parlamenten auf die praktische Durchführung der Zugeständnisse in den Rheinlandfragen einzuwirken. Aus diesem Einwirken wird ein sanfter Druck werden müssen. Schon heute lauten die Nachrichten über das Zusammenreffen zwischen Chamberlain und Poincaré in Paris nicht mehr so zuversichtlich. Vor die Abmachungen von Locarno und vor alle Verpflichtungen, die daraus dem deutschen Reich gegenüber erwachsen, wird immer wieder die Entente Cordiale gestellt. Herr Briand hat schon heute vor den französischen Ministern seine Aufgaben zu vertreten und Herrn Chamberlain steht das gleiche in drei Tagen bevor. Wenn auch anzunehmen ist, daß die Regierungen Frankreichs und Englands ihre Außenminister nicht im Stich lassen werden, bei der Durchführung der Locarno-Verträge in den Parlamenten wird es noch manchen Sturm geben. Nicht umsonst ist man in deutschen diplomatischen Kreisen der Ansicht, daß der Stand der englischen und französischen Außenminister vor ihren Parlamenten bedeutend unsicherer sein wird, als der vor der deutschen Delegation in Locarno.

Es kann nicht oft genug betont werden, daß die Stellungnahme der Pariser und Londoner Parlamente zu dem Vertrag von Locarno, besonders aber zu den Rückwirkungen auf die Rheinlandfragen für die Abmachungen von Locarno alles bedeutet. Reichkanzler Dr. Brüning hat seine Außenminister und sich die Verantwortung für den guten Willen der Westmächte übernommen, in vollem Bewußtsein der eventuell daraus entstehenden Folgen abgegeben. Und er sowohl als auch Reichsaußenminister Dr. Stresemann sind fest davon überzeugt, daß ihre Stellung eine Ablehnung des Vertragswerkes von Locarno durch den Reichstag nicht vertritt. Ebenso selbstverständlich ist es auch, daß Reichkanzler Dr. Brüning und Außenminister Dr. Stresemann ihre Ämter zur Verfügung stellen werden, wenn diese Bedingungen bis zur endgültigen Unterzeichnung in London nicht erfüllt sind. Briand hat der Opposition im eigenen Lande gegenüber keinen leichten Stand. Er wird die Räumung Kölns, die von der deutschen Reichsregierung ohne jede Zugeständnisse auf Locarno sofort verlangt wird, dem nationalen Blut auf irgendeiner Art plausibel machen müssen. Man darf darauf gespannt sein, welche Erfolge, sei es militärischer, sei es ziviler Art, in den nächsten Tagen der deutschen Reichsregierung in das Gutachten gebucht werden. Uns kann es gleich sein, welches Theater man sich in London und Paris vorstellt. Die Hauptfrage bleibt, Köln wird so schnell wie möglich frei, ohne daß, wie beabsichtigt, von der deutschen Reichsregierung erst wieder ein neuer und unständlicher Notenwechsel in die Wege geleitet werden muß. Die Rückwirkungen aus dem Westpakt gehen weiter. Herr Poincaré und Herr Chamberlain werden sich also nicht nur über die Räumung Kölns, sondern über eine Reihe weiterer, mindestens ebenso schwer wiegender Fragen zu unterhalten haben. Wir haben noch keinen Grund, uns darüber zu freuen, wenn die beiden Außenminister eine Verständigung über die Verteilung der englischen Besatzungstruppe aus Köln finden. Ein erstes Ergebnis mag es sein, daß die Tätigkeit der französischen und belgischen Kriegesgerichte gegen sogenannte deutsche „Kriegsverbrecher“ eingeschränkt worden ist. Dieser erste Erfolg, nicht die bevorstehende Räumung Kölns, soll für uns das erste Anzeichen für den guten Willen unserer Vertragspartner von Locarno sein. Ein wenig kurz ist allerdings die Zeit, in der sich noch eine große Menge anderer und schwerwiegender Angelegenheiten zeigen müssen.

## Churchills Rede über den Friedenspakt.

London. Nach einer ergänzenden Meldung sagte Churchill in seiner Rede in Chingford über den Friedenspakt noch u. a.: Ich begrüße ihn erhaben, weil er die finstere und tragische Vergangenheit mit einem gütigen Schleier bedeckt, und zweitens, weil er eine große Sicherheit und, wie ich glaube, die einzige mögliche Sicherheit für die Aufrechterhaltung des künftigen Friedens der Welt bildet. (Beifall.) Churchill sagte, es gebe in England Leute, die gegen einen Vertrag mit Deutschland seien, und andere, welche die Meinung vertreten, England solle sich nicht mit irgendwelchen europäischen Grenzen befassen. Ich aber meinerseits treue mich, zu sehen, daß Deutschland den ihm zukommenden Platz im Völkerbund einnimmt. Ich sehe aus diesem Ergebnis, daß Europa endlich begonnen hat, in die Zukunft und nicht auf die Vergangenheit zu blicken. Wenn Europa sich der Zukunft zuwendet, so wird es vorwärtsgehen, und ich glaube, daß dies ein ungeheurer hoffnungsvoller und vertrauenswürdiges Ergebnis ist. Vier große europäische Nationen reichen sich die Hände in Art einer vierseitigen Pyramide der Stärke und Sicherheit zum gegenseitigen Schutz und zur Verhinderung von Kriegen untereinander. (Beifall.) Ich sehe keinen anderen Weg, auf dem ein wirksamer Schutz gegen einen Kampf getroffen werden könnte, in dem wir sehr wahrscheinlich hineingezogen werden würden, und der nur dazu führen könnte, die ganze Welt in einen Zustand der Barbarei zu stürzen.

## Das Rheinland und der Vertrag von Locarno.

### Rheinlandvertreter beim Kanzler.

Berlin. Auf Einladung der Reichsregierung fand sich gestern nachmittag in der Reichskanzlei eine größere Anzahl von Vertretern der besetzten Gebiete ein. Außer Reichstags- und Landtagsabgeordneten waren Vertreter der Staats- und Kommunalverwaltungen, der Wirtschaft und der Gewerkschaften erschienen. Der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen gaben eine Darlegung der Vertragsentwürfe von Locarno unter besonderer Berücksichtigung ihrer Rückwirkung auf die Rheinlandfragen. Hieran schloß sich ein längerer eingehender Gedankenaustausch über die Sorgen und Forderungen der Bevölkerung des besetzten Gebiets.

Von Seiten der Vertreter des besetzten Gebiets wurde erneut zum Ausdruck gebracht, daß das Rheinland keinerlei Vorteile an Kosten allgemeiner deutscher Interessen anstrebe. Das Rheinland erhebe jedoch mit Nachdruck die Forderung, daß alsbald Maßnahmen der Besatzungsmächte in allen Zonen in Erscheinung treten, welche die in Locarno feierlich abgegebenen Erklärungen der Außenminister von Frankreich, England und Belgien folgerichtig in die Tat umsetzen.

### Die Aufnahme von Auslandskredit durch Kommunen.

Berlin. Durch die Presse gehen jetzt fast täglich Meldungen über Verhandlungen oder Abschlüsse von Anleihen deutscher Städte mit amerikanischen Geldgebern. Dadurch kann in der Öffentlichkeit der Ansehensverlust werden, daß bereits eine große Anzahl deutscher Städte anleihen dem amerikanischen Kapitalmarkt zugeführt worden ist oder in der nächsten Zeit zugeführt werden soll. Die beim Reichsfinanzministerium gebildete Beratungsstelle für Auslandskredite, deren Begutachtung die Auslandskredite der Kommunen unterliegen, weist darauf hin, daß bisher mit Zustimmung der Beratungsstelle nur die Anleihen der Städte Berlin, Köln und München in den Vereinigten Staaten von Amerika zur Ausgabe gelangt sind. In letzter Zeit sind verschiedentlich Anträge anderer Kommunen durch die zuständigen Landesregierungen der Beratungsstelle zur Begutachtung vorgelegt worden. Die Beratungsstelle wird indes in allen Fällen die unbedingt notwendige und Nützlichkeit derartiger Anleihen prüfen. Die Beratungsstelle steht auf dem Standpunkt, daß nur in ganz besonderen Ausnahmefällen die Produktivität der von den Städten erstrebten Auslandskredite nachzuweisen sein wird.

Es ist aber der Meinung, daß in allen Fällen, in denen das nicht möglich ist, die Ausgabe von Auslandskrediten deutscher Städte im Hinblick auf den Schutz der deutschen Währung zu unterlassen ist. Es muß auch verhärtet werden, daß die vom Auslande für die deutsche Wirtschaft verfügbaren Gelder durch Anleihen der Städte geschmälert werden, denn es erscheint viel dringender, Industrie und Landwirtschaft, soweit sie die Kredite für den Export und den Import verwenden können, mit Auslandskrediten auszustatten, als den Kommunen Mittel zuzuführen für Zwecke, die zwar an sich wertvoll sind, aber auf eine spätere Zeit zurückgestellt werden können.

### Finanzminister v. Schlieffen über die allgemeine Finanzlage.

Berlin. Die Vorstände der Spitzenverbände der Gemeinden und Gemeindeverbände kamen heute auf Einladung des Reichsfinanzministers v. Schlieffen im Reichsfinanzministerium unter Beteiligung von Vertretern der Landesregierungen zur Aussprache über die allgemeine Finanzlage zusammen. Der Reichsfinanzminister erklärte, er beabsichtige in keiner Weise sich in die Zuständigkeit der Landesregierungen oder Gemeinden einzumischen oder auf die Gemeinden einen unzulässigen Druck auszuüben. Er halte es jedoch für seine Pflicht, in offener Aussprache mit den beruflichen Organisationen der Gemeinden die Ausichten auf steuerlichem Gebiet für die nächste und spätere Zukunft festzustellen. Der Minister gab dann an Hand der vorliegenden Uebersichten eine eingehende Darlegung der finanziellen Lage. Im Hinblick auf die neuen Steuererlasse warnte er dringend vor der Annahme, daß mit einem Mehraufkommen von rund 400 Millionen Mark, das sich bekanntlich in der ersten Hälfte des laufenden Rechnungsjahres gegenüber dem Voranschlag ergeben hat und zum größten Teil den Ländern und Gemeinden zugute gekommen ist, auch in der zweiten Hälfte des Rechnungsjahres gerechnet werden könne. Reich, Länder und Gemeinden, die in enger Notgemeinschaft mit einander verbunden seien,

### Die Aussprache mit den rheinischen Vertretern.

Berlin. In der Aussprache der Vertreter der rheinischen Bevölkerung mit den Delegierten des Reichs auf der Locarnokonferenz, erfahren wir von prominenten rheinischer Seite: Die eingehenden Darlegungen des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers verfielen offensichtlich nicht ihren Eindruck bei den Teilnehmern. Es wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß das deutsche Volk beiden Männern und ihren Mitarbeitern für ihre Arbeit auf der Konferenz zu besonderem Dank verpflichtet sei. In der großen politischen Frage, ob das Abkommen annehmbar oder nicht annehmbar sei, wurde nicht Stellung genommen. Der Zweck der Besprechung war ja auch nicht der, eine solche bestimmte Stellungnahme aus den Kreisen der Rheinlands entgegenzunehmen; dagegen hatten die rheinischen Vertreter anscheinend Gelegenheit, ihre Wünsche und Forderungen bezüglich des Rheinlandes und der Rückwirkungen des Pacts auf das Rheinland auszusprechen. Dabei kam die lebhafteste Enttäuschung allerorts zum Ausdruck, daß es nicht gelungen sei, in Locarno bindende Abmachungen über Erleichterungen für das besetzte Gebiet festzusetzen mit Ausnahme der immerhin nicht unweissenlichen Bestimmung, daß in Zukunft die Sanctionen aus dem Rheinlandabkommen unter der Schiedsgerichtsbarkeit des Pacts stehen soll. Die Annahme des Pacts wird nach rheinischer Auffassung davon abhängen müssen, ob die von den fremden Staatsmännern in Aussicht genommene einschneidende Auswirkung im Rheinland in den nächsten Wochen wirklich eintritt oder nicht.

müßten durch strengste Sparmaßnahmen den sachlichen und persönlichen Ausgabenbedarf so stark wie möglich einschränken. Der Vizepräsident der Reichsbank, Kaufmann, wies auf die Notwendigkeit der Einschränkung der Aufnahme von Auslandskrediten durch Gemeinden hin. In eingehender Aussprache wurden seitens der Vertreter der Gemeinden und Gemeindeverbände die Möglichkeiten der Ausgabensparung erörtert.

### Zur Verteilung der Hauszinssteuer.

Berlin. In der Öffentlichkeit sind auch in der letzten Zeit wiederholt Klagen über die Art der Verteilung der Hauszinssteuer laut geworden. Erst in der vergangenen Woche ist gelegentlich der Studienreise des Reichsschatzmeisters des Preussischen Landtages im Waldenburger Gebiet darüber geklagt worden, daß dieses Gebiet trotz seiner ungeheuren Wohnbevölkerung bei der Verteilung der Hauszinssteuer zu wenig berücksichtigt worden sei; dabei wurde die Schuld der vom Reich getroffenen Regelung der Hauszinssteuer zugeschoben. Diesen Vorwurf verdient das Reich aber keineswegs. Das Reich hat dafür gesorgt, daß durch die Hauszinssteuer Mittel zur Förderung des Wohnungsbauens geschaffen wurden, indem es die Länder verpflichtet hat, einen bestimmten Mindestbetrag des Aufkommens dieser Steuer für die Förderung des Wohnungsbauens zu verwenden; dieser Mindestbetrag ist erst jüngst auf mindestens 15-20 v. H. der Friedensmiete erhöht worden. Die Verwertung der Steuer, insbesondere die Verteilung der auf die einzelnen Gemeinden und Landesteile fallenden Anteile, ist es den einzelnen Ländern überlassen worden; das Reich hat also darauf keinen Einfluß. Dennoch kann auch das Reich nichts dafür, wenn der Teil, der für das Waldenburger Gebiet festgesetzt worden ist, der dortigen Wohnbevölkerung nicht entspricht sollte. Die Reichsregierung und auch der Reichstag haben wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die Länder den Betrag der Hauszinssteuer, der zur Förderung des Wohnungsbauens bestimmt ist, nicht nach dem Aufkommen eines Bezirkes, sondern nach dem Bedarf verteilen und die Gebiete, in denen die Wohnbevölkerung am größten ist, am stärksten berücksichtigen sollen. Deswegen sind über eine unangebrachte Verteilung der Hauszinssteuer auch daher bei den Ländern zu erheben, nicht beim Reich.

### Die Vereinfachung der Entwaffnungsfrage.

Berlin. Wie wir hören, dürfte die Frage der Durchführung aller Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages durch Deutschland und damit auch die Räumung der Kölner Zone im Laufe der nächsten zwei Wochen auf dem Wege des Austausches diplomatischer Erklärungen zwischen Deutschland und den Alliierten geregelt werden. Bekanntlich soll die Räumung der Kölner Zone nach Aufhebung der Alliierten erst dann erfolgen, wenn die nach Aufhebung der Alliierten der alliierten Entwaffnungsforderungen durch Deutschland offiziell festgesetzt ist. Eine solche Feststellung ist gegenwärtig bereits bei den Pariser Beratungen der Militärsachverständigen vorbereitet worden, jedoch namentlich nur noch die Formulierung der beiderseitigen politischen Erklärungen vorgenommen zu werden braucht. Wahrscheinlich wird dies auf dem Wege des Notenaustausches geschehen. In Berlin erwartet man schon in kurzer Zeit eine Mitteilung der alliierten Regierungen über die Entwaffnungsfrage und über die Räumung der Kölner Zone, während deutscherseits ebenfalls durch eine kurze sachliche Mitteilung über die Beendigung der interalliierten Militärkontrolle beantwortet werden wird.